

Dirk Niebel MdB

Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei

Bundesarchitektenkammer
Herrn Dr. Thomas Welter
welter@bak.de und

Bundesingenieurkammer
Herrn Jost Hähnel
haehnel@bingk.de

Berlin, 16. Juli 2009

voe

Sehr geehrter Herr Dr. Welter,
sehr geehrter Herr Hähnel,

ich komme zurück auf Ihr Schreiben vom 8. Juni 2009 und der Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine. Gerne möchte ich Ihnen für die FDP antworten.

Anfragen: Bundesarchitektenkammer – Bundesingenieurkammer

Die Honorarordnung erhalten und modernisieren

Im öffentlichen Bereich liefert die HOAI eine gewisse Planungssicherheit und verhindert die Bildung von Mondpreisen. Zudem muss der wettbewerbpolitische Schutzcharakter gegen den Missbrauch von Nachfragemacht der öffentlichen Hand grundsätzlich erhalten bleiben. Allerdings ist auch im öffentlichen Sektor eine konsequente Flexibilisierung notwendig, um Anreize für preiswertes und nachhaltiges Bauen zu schaffen. Die geltende Fassung der HOAI enthält solche Anreize nicht. Vielmehr stellt sie im Wesentlichen auf die Baukosten ab und lässt Betriebskosten und innovative Lösungen unberücksichtigt. Unbestritten ist, dass im privaten Baubereich die Honorare bereits heute größtenteils frei ausgehandelt werden. Das verstößt eindeutig gegen gesetzliche Vorgaben. Ein Gesetz, das so gut wie nicht angewendet wird, ist überflüssig. Für diesen Bereich treten wir deshalb für Vertragsfreiheit ein. Selbstverständlich beinhaltet die Vertragsfreiheit für den privaten Baubereich auch die Möglichkeit, die HOAI anzuwenden.

Die Vergabe öffentlicher Aufgaben transparent und qualitätsorientiert regeln

Die FDP im Deutschen Bundestag setzt sich konsequent für ein leistungsfähiges, transparentes und unbürokratisches Vergaberecht ein, das kleinen und mittleren Unternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Aufträgen gewährleistet. Mit einem jährlichen vergaberelevanten Beschaffungsvolumen von bis zu 360 Mrd. Euro entfaltet die öffentliche Hand eine erhebliche wirtschaftliche Macht. Vor

Freie Demokratische Partei - Thomas-Dehler-Haus - Reinhardtstraße 14 - 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 28 49 58 81 / -83 Telefax: 28 49 58 82 - E-Mail: niebel@fdp.de

Deutschland braucht den Wechsel – Ihre Spende für eine bessere Politik
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto Nr.: 26 72 82 200

allem mittelständische Unternehmen sind daher auf ein modernes Vergaberecht angewiesen.

Die FDP hat sich auf Bundesebene immer für Mittelstandsklauseln eingesetzt und mit dafür gesorgt, dass diese in der Vergaberechtsnovelle aufgenommen wurde. Eine Vergabe von sog. Einzellosen kommt dem Mittelstand entgegen.

Lediglich auf die Höhe der Baukosten abzustellen, kann zu unbefriedigenden Ergebnissen führen. Die Vergaberegeln für öffentliche Aufträge müssen grundsätzlich so ausgestaltet werden, dass sie aus der Sicht des Steuerzahlers die effizienteste Lösung versprechen.

Mehr Planungswettbewerbe ausloben

Freie Architekten, Beratende Ingenieure und Stadtplaner bieten herausragende Qualität an. Umso bedauerlicher ist es, wenn sie von staatlichen oder halbstaatlichen Institutionen Konkurrenz bekommen. Für die FDP gilt der Grundsatz, dass, wenn Private die Erledigung öffentlicher Aufgaben gleichgut oder besser können, sie auch zum Zug kommen müssen. Wo eine vollständige Übernahme durch Private nicht möglich ist, sollten sie in die Wertschöpfungsketten bei öffentlichen Bauvorhaben integriert werden.

Rechtssicherheit durch Schaffung eines Planungsvertragsrechts verbessern sowie Klimaschutz durch ein konsistentes Planungsrecht fördern

Die FDP sieht Klimaschutzpolitik als Wettbewerbsmotor. Eine gut konzipierte Klimaschutzpolitik, die frühzeitig energie- und klimaeffizientes Verhalten aller Akteure belohnt, ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Zentrale Klimaschutzstrategien sind mehr Energieeffizienz und Energiesparen, um den Energiebedarf zu drosseln. Die größten Potenziale zur Energieeinsparung liegen in der Wärmedämmung des Gebäudebestands, in energieoptimierten technischen Produkten und in einem energiebewussten Verhalten jedes Einzelnen.

Die FDP unterstützt die Forderung nach einem einheitlichen Bauvertragsrecht. Die dadurch gewonnene Rechtsicherheit kann zur Verminderung der Transaktionskosten bei den Marktteilnehmern beitragen. Durch eine übersichtliche und klare Struktur wird Architekten wie Bauherren die Arbeit erleichtert. Ein schlankes und konsistentes Bauvertragsrecht würde nicht zuletzt im Bereich der selbstgenutzten Immobilien viele Unsicherheiten und Hemmnisse beseitigen.

Das durch die Bundesregierung geschaffene Gütesiegel „Nachhaltiges Bauen“ ist kritisch zu sehen. Man kann die Frage stellen, ob es nicht sinnvoller wäre, statt mit hohem bürokratischen Aufwand ein neues Werkzeug zur Nachhaltigkeitsbeurteilung zu schaffen, die bereits vorhandenen Instrumente des Bau-, Planungs- und Prüfungsverfahrens auf intelligente Art zu verknüpfen und dort, wo tatsächlich noch Bewertungslücken bestehen, diese entsprechend zu ergänzen. Bei nicht-öffentlichen Bauten sollte die Freiwilligkeit dieser Zertifizierung im Vordergrund stehen.

Eigenverantwortung in der Rentenversicherung stärken

Die FDP ist gegen die Zwangsmitgliedschaft aller Erwerbstätigen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Vielmehr müssen bestehende Formen der Alterssicherung unverändert fortbestehen, insbesondere berufsständische Versorgungseinrichtungen. Sie sind eine wichtige Stütze im System der Altersvorsorge. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung bleibt auch in Zukunft eine wichtige Säule der Alterssicherung. Zur Sicherung des Lebensstandards müssen jedoch die private und

die betriebliche Altersvorsorge ausgebaut werden. Dazu muss die freiwillige Altersvorsorge umfassender und unbürokratischer als bisher gefördert werden. Die Vorteile der „Riester-Rente“ sollen allen Bürgern zugute kommen, auch Selbstständigen.

II. Akteure stärken

Die Ausbildung auf hohem Niveau stärken

Die FDP ist der Überzeugung, dass mit den Berufsbildern „Architekt“ und „Ingenieur“ sehr hohe Erwartungen einhergehen und sich folglich auch ein entsprechender Qualitätsanspruch an die Ausbildung richtet.

Unsere Hochschulen müssen daher aktiv dabei unterstützt werden, um den eingeleiteten Bologna-Prozess erfolgreich umsetzen und an die international anerkannte und geachtete Tradition der deutschen Architekten- und Ingenieursausbildung anknüpfen zu können. Zu einer Unterschreitung unserer hohen Standards darf es nicht kommen.

Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, neben der Stärkung der Hochschulautonomie und der Entbürokratisierung der Hochschulgesetzgebung, die Hochschulfinanzierung auf eine solide Grundlage zu stellen. In diesem Zusammenhang fordert die FDP ein Drei-Säulen-Modell aus staatlicher Grundfinanzierung, Studienbeiträgen und Eigenvermögensaufbau. Nach dem Prinzip „Geld folgt Student“ sollen im Bereich der Lehre mit Hilfe eines Bildungsgutscheinsystems Hochschulen nach der Anzahl der Studierenden und Absolventen finanziert werden. Im Gegenzug kann die bundeseinheitliche, qualitätshemmende Kapazitätsverordnung abgeschafft und durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen ersetzt werden.

Darüber hinaus wollen wir den Aufbau dringend benötigter Studienplätze im Rahmen des „Hochschulpakt 2020“ unterstützen. Zwingende Voraussetzung hierfür ist, will man keine Qualitätseinbußen hinnehmen, dass die zugrunde gelegte Grundpauschale für einen Studienplatz um mindestens 25 Prozent angehoben wird und die derzeitige Unterfinanzierung ein Ende findet.

Existenzgründer zielgerechter fördern

Deutschland braucht eine Kultur, die die Gründung und Weiterführung von Betrieben begünstigt, den Schritt in die Selbstständigkeit, neue Ideen und Innovationen fördert und die Leistung der Freien Berufe anerkennt. Die Stichworte sind hier:

1. Ein einfaches, gerechtes Steuersystem mit niedrigen Sätzen. Davon profitiert ein Großteil des Mittelstandes, da 80 Prozent der Unternehmen Personengesellschaften sind und somit der Einkommensteuer unterliegen.

2. Weniger Bürokratie. Der Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen, indem er statt eines immer dichteren, bürokratischen Regelungsnetzes einen verständlichen, flexiblen Regelungsrahmen vorsieht.

Statt zusätzliche bürokratische Lasten wie zum Beispiel das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (Anti-Diskriminierungsgesetz)“ zu schaffen, müssen die bestehenden reduziert werden. Die zahlreichen statistischen Doppelerhebungen müssen abgeschafft werden. Zusätzliche Bürokratielasten muss der Staat den Unternehmen vergüten. Wie hohe Lohnzusatzkosten führen auch hohe Bürokratiekosten zur Zunahme von Schwarzarbeit. Im Interesse eines effektiveren Bürokratie-

abbaus muss der Normenkontrollrat zu einem wirklichen Bürokratie-TÜV ausgebaut werden.

Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, Familienleben und Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Für die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern sind ausreichend zeitlich flexible und qualitativ gute Kinderbetreuungsangebote in Einrichtungen und bei Tagesmüttern und -vätern zu schaffen. Die FDP setzt sich auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene für die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung ein, um Familien zu entlasten und um die Bedeutung der vorschulischen Bildung zu unterstreichen. Alleinerziehende benötigen besondere Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit sie ihre Existenz sichern können.

Die FDP fordert, das Elterngeld an das Brutto- und nicht an das Nettoerwerbseinkommen zu knüpfen, damit eine Schlechterstellung von Eltern aufgrund der Wahl einer ungünstigen Steuerklasse vermieden wird, solange diese noch besteht. Die Interessen von Selbstständigen müssen stärker berücksichtigt werden, und es sollte möglich sein, dass Elternzeit unbürokratisch und flexibel auch wochen- oder tagesweise im Rahmen eines Zeitbudgets im Einvernehmen mit den Arbeitgebern gewährt werden kann.

Finanzierungsalternativen für Kleinstgründungen schaffen

Die KfW ist von einem Förderinstitut für den Mittelstand zu einem Sammelbecken für mehr oder weniger riskante Transaktionen des Bundes degeneriert. Auch bei der jetzt so kritisierten Verbriefung von Krediten war die KfW mit dabei. Mittlerweile leidet darunter das Kerngeschäft, die Mittelstandsförderung. Die staatlichen ERP-Fördermittel für den Mittelstand sind vor Spekulationsverlusten der KfW zu schützen. Die ERP-Förderung gehört daher wieder zurück in das Bundeswirtschaftsministerium.

Die KfW muss wieder auf ein reines Förderinstitut zurückgeführt werden.

Qualität Freiberuflicher Planungsleistungen auch in einem Europäischen Binnenmarkt stärken

Die FDP ist grundsätzlich der Meinung, dass das hohe Niveau deutscher Planungsleistungen auch und gerade im europäischen und internationalen Wettbewerb ein herausragender Vorteil ist. Grundsätzlich beinhaltet ein Leistungswettbewerb im europäischen Binnenmarkt immer die Parameter Qualität und Preis. Die FDP steht für eine weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Dabei sehen auch wir die Notwendigkeit, für besonders sensible Branchen Übergangszeiträume – im Einzelfall auch großzügig bemessen – vorzusehen.

Wir unterstützen grundsätzlich das Selbstverwaltungsprinzip der Wirtschaft und insbesondere der Freien Berufe. Insofern können wir uns gut vorstellen, dass das daraus resultierende deutsche Kammersystem eine wichtige Rolle bei der Umsetzung europäischer Liberalisierungsvorhaben spielt und damit den Staat an vielen Stellen entsprechend entlasten kann.

Den Export von Planungsleistungen unterstützen

Für die FDP ist es selbstverständlich, dass der Instrumentenkasten zur Außenwirtschaftsförderung an den Bedürfnissen der diese Instrumente nutzenden Wirtschafts-

bereiche orientiert sein muss. Insofern ist eine Anpassung an die Bedürfnisse der ihre Dienstleistungen exportierenden Freien Berufe im Rahmen einer Überprüfung des Außenwirtschaftsförderungsinstrumentariums ein wesentliches Anliegen der FDP. Auch im Rahmen der WTO-Verhandlungen muss alles getan werden, den außereuropäischen Marktzutritt für Architekten und Stadtplaner zu verbessern. In der weltweiten Öffnung der Dienstleistungsmärkte liegt noch viel Potenzial.

III. Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen

Investitionsstau im Bausektor auflösen

Aufgabe des Staates ist die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur. Das bedeutet aber nicht, dass der Staat Planung, Bau und Betrieb selbst durchführen muss. In vielen Fällen können Private dies besser und effizienter. Die bisherige Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur muss beendet werden.

Förderung der Baukultur als festen Bestandteil der Politik verankern

Die FDP setzt sich für die Förderung der Baukultur ein. Aussagen über die Zuschnitte einzelner Referate können derzeit nicht gemacht werden.

Die Wohnungs- und Städtebaupolitik verstärkt auf integrierte Stadtentwicklung ausrichten

Nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung muss den spezifischen Bedürfnissen von Kindern, Familien, älteren Menschen und Behinderten Rechnung tragen. Soziale Infrastrukturen (Kindertagesstätten, Schulen, Begegnungsstätten, Pflegeheime) müssen vorgehalten und eine gute Anbindung und barrierefreie Erreichbarkeit gewährleistet werden. Besonders gilt es, zentrales – das heißt innerstädtisches oder innenstadtnahes – Wohnen zu erleichtern und zu fördern.

Die Innenentwicklung unserer Städte hat für uns Priorität. Die Verdichtung bestehender Siedlungen und Flächenrecycling von Industriebrachen und Konversionsflächen ist daher in der Regel einer Neuausweisung von Baugebieten vorzuziehen. Das Bauen im Bestand sowie die Umnutzung leer stehender Gebäude wollen wir verstärkt fördern und durch gesetzgeberische Maßnahmen erleichtern. Die Ausweisung städtebaulicher Sanierungsgebiete und die damit verbundenen Instrumente haben sich als wirkungsvoll erwiesen; diese schreiben wir fort und werden sie weiterentwickeln. Baugenehmigungen sollen durch ein Antragsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden: Eine bauliche Maßnahme gilt dann als genehmigt, wenn die zuständige Behörde sich nicht innerhalb einer bestimmten Frist dazu äußert. Das bislang sehr erfolgreiche Programm „Stadtumbau Ost“ ist entsprechend der Evaluation anzupassen. Vorhaben wie Abriss und Aufwertung müssen dabei auf ihre Demografiefestigkeit überprüft werden.

Die Programme für den „Stadtumbau West“ und zum städtebaulichen Denkmalschutz sind mit mehr Mitteln auszustatten. Das langfristige Ziel ist eine Förderung nach Bedarf. Dabei muss auch die zusehends zerfasernde Förderlandschaft restrukturiert werden. Wir wollen wenige aber dafür wirkungsvolle und anpassungsfähige Programme, die für Kommunen und private Antragsteller einfach zugänglich sind.

Den Verantwortungsbewussten und qualitätsorientierten öffentlichen Bauherrn stärken

Für die FDP ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sich die öffentlichen Bauherrn weitgehend auf ihre Bauherrenfunktion konzentrieren sollten und alle Leistungen, die über den Markt im Wettbewerb erbracht werden können, auch über den Markt beziehen sollten. Natürlich müssen öffentliche Bauverwaltungen personell angemessen und fachlich kompetent ausgestattet sein.

Die FDP fordert schon lange eine konsequente Umschichtung von konsumtiven hin zu den investiven Ausgaben. Das ist und bleibt auch nach wie vor unser Ziel. Denn nur bei einer Verstärkung von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen werden wir auf Dauer mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land generieren können. Auch die in der Zukunft hoffentlich verstärkt zum Einsatz kommenden ÖPP-Modelle müssen die Leistungs- und Innovationsfähigkeit des deutschen Mittelstandes und der planenden Berufe nutzen können. Hier werden wir uns nachdrücklich dafür einsetzen, Benachteiligungen für mittelständische Unternehmen zu vermeiden oder diese durch gesetzgeberische Klarstellungen abzubauen.

Die Rahmenbedingungen für einen bedarfsgerechten Wohnungsbau verbessern

Die FDP sieht in der Wiedereinführung der degressiven AfA für den Mietwohnungsbau einen erheblichen Anreiz. Ob diese Maßnahme ausreichen wird, um die ausreichende Versorgung mit Wohnraum zu gewährleisten, wird zu gegebener Zeit überprüft werden.

Die FDP unterstützt Vereinfachungsmaßnahmen bei der Vergabe von KfW-Fördermitteln. Die Inanspruchnahme sollte möglichst unkompliziert sein.

Wohneigentum ist aus Sicht der FDP ein wichtiger Baustein der privaten Altersvorsorge. Auch in der Bevölkerung wird dem mietfreien Wohnen im Alter ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt. Daher muss die steuerliche Belastung der Einkommen gerade während des Arbeitslebens möglichst niedrig sein, damit die Menschen in der Lage sind, Wohneigentum zu erwerben bzw. abzuzahlen.

Die FDP steht für insgesamt grundlegende Vereinfachung des Steuerrechts. Unser einfacher und verständlicher Stufentarif mit Grundfreibetrag (Steuersatz 0 Prozent) und der drei weiteren Stufen von 10, 25 und 35 Prozent senkt die Steuerbelastung und schafft den dringend benötigten finanziellen Spielraum. Jeder Bürger, d. h. jeder Erwachsene und jedes Kind, erhält einen Grundfreibetrag von 8.004 Euro. Für Unternehmen gilt ein Zwei-Stufen-Tarif von 15 und 25 Prozent.

Die Wohnungsbauprogramme werden von der FDP weiterhin unterstützt. Vorrang soll das Bauen im Bestand bei gleichzeitiger energetischer Sanierung haben. Die Wohnungspolitik und die Entwicklung der städtischen und ländlichen Räume müssen Antworten auf folgende Herausforderungen geben: die Alterung der Gesellschaft, den Rückgang der Einwohnerzahl, das Nebeneinander von schrumpfenden und wachsenden Regionen sowie den notwendigen Beitrag des Gebäudesektors zum Klimaschutz. Die FDP wird vor allem die Senkung der Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung zum gemeinsamen Vorteil von Mietern und Eigentümern in Angriff nehmen, um so einen Anreiz für eine klimafreundliche Erneuerung des Gebäudebestandes zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen